

## 6. Sozialausgaben nur für Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung

Nein, der Sozialstaat ist mehr als nur Arbeitslosengeld und Mindestsicherung.

Es gibt eine Vielzahl an Sozialleistungen: Fast die Hälfte aller Sozialausgaben sind Altersleistungen, wie Pensionen. Ein Viertel wird für Gesundheit verwendet und rund 10 % für Familienleistungen. Arbeitslosigkeit macht gerade einmal 6 % und die Mindestsicherung nicht einmal 1 % der Gesamtsozialausgaben Österreichs aus.

## 7. „Leistungsträger“ werden durch höhere Beiträge bestraft

Zuerst stellt sich die Frage, wer denn die Leistungsträger sind - es sind nicht die Vermögenden, sondern die Erwerbstätigen. Ein Blick auf die Finanzierung unseres Sozialstaates 2015 zeigt, dass dieser zu einem großen Teil durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziert wird. Abgaben auf Arbeit machen etwa 55 % der Gesamtbeiträge aus (Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer). Vermögensbezogene Steuern im Vergleich dazu aber nur 1,3 %. (EU-Schnitt mehr als 5 %).

**Also: Vermögende tragen kaum – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hingegen Großteils – zur Finanzierung bei.**

### Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10, 5020 Salzburg, T: +43 (0)662 8687, ak-salzburg.at  
 Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz siehe ak-salzburg.at/impressum  
 Zulassungsnummer: AK Salzburg DVR 003 1208  
 Autorin: MMag. Dr. Eva Stöckl, Redaktion: Stephan Gabler  
 Grafik: Gabriele Gallei, Titelfoto: Fotolia@bilderstoeckchen  
 Druck: GWS Geschützte Werkstätten Integrative Betriebe Salzburg GmbH  
 Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: September 2017

## Was wir fordern

### Soziale Investitionen schaffen Arbeitsplätze

Derzeit sind zwei Drittel der Sozialleistungen Geldleistungen und nur ein knappes Drittel Sachleistungen. Hier braucht es mehr Angebote an flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und leistbaren Angeboten bei Bildung, Kinderbetreuung oder Pflege. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen schafft Arbeitsplätze, die damit zur Stabilisierung unserer Wirtschaft beitragen. Beispiel: Berechnungen der AK zeigen, dass durch 35.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze und längere Öffnungszeiten 16.000 neue Jobs geschaffen würden. Damit könnten auch mehr Eltern – sprich Mütter – einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

### Auf Prävention setzen

Präventiv-Maßnahmen können soziale Risiken abmildern oder gar verhindern. zB: Ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem mit flächendeckenden Ganztagschulen ist eine Zukunftsinvestition. Das steigert die späteren Chancen der Kinder am Arbeitsmarkt, insbesondere wenn sie aus bildungsbenachteiligten Schichten kommen. Oder: Gesundheitsförderung trägt dazu bei, das Risiko der Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern oder abzumildern.

### Ein starker Sozialstaat braucht eine gerechte Finanzierung

- Die Ausweitung der Finanzierung durch vermögensbezogene Abgaben ist eine Frage der Gerechtigkeit. Etwa durch Einführung einer Steuer auf sehr hohe Erbschaften. Das könnte Einnahmen bis zu 1 Milliarde Euro bringen.
- Eine Finanztransaktionssteuer würde zusätzliche Einnahmen zwischen einer halben und 1 Milliarde Euro bringen.
- Zudem braucht es eine Weiterentwicklung unseres Sozialversicherungssystems: Finanzierung nicht nur lohnbezogen, sondern auch über Wertschöpfungsbeiträge.

Der Sozialstaat ist unverzichtbar! Leistungskürzungen schüren Neid und Verunsicherung. Das gefährdet unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

**Wir brauchen den Sozialstaat, denn er bringt allen was!**



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

# MYTHOS „SOZIALSTAAT“

ARGUMENTE, WARUM WIR DEN SOZIALSTAAT BRAUCHEN



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

>BESSER INFORMIERT  
Eine Ratgeberreihe von AK und ÖGB

# Mythos „Sozialstaat“

**Die Angriffe auf den Sozialstaat nehmen zu:** „Die Kosten explodieren und der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar.“ Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht solche oder ähnliche Phrasen zu lesen oder hören sind. Was ist dran an diesen Argumenten?

In diesem Folder werden die gängigsten Vorurteile und Mythen zum Sozialstaat einem Faktencheck unterzogen.

## 1. Der Sozialstaat nützt der Mittelschicht nichts

Das ist falsch, denn der Wohlfahrtsstaat nützt allen. Wir alle beziehen Leistungen – vom kostenlosen Schulbesuch über Familienbeihilfe bis hin zu Pensionen und Pflege im Alter. Der Sozialstaat schützt uns vor Risiken wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Unfall. Und er unterstützt Familien und Kinder.

Gerade ein großer Teil der so genannten „Mittelschicht“, die kein nennenswertes Vermögen hat, kann ihren hart erarbeiteten Lebensstandard nur durch den Schutz des Sozialstaates aufrechterhalten. Er sorgt dafür, dass Schicksalsschläge wie Jobverlust oder Erkrankung zu bewältigen sind und keiner auf der Straße stehen muss. Und er garantiert, dass alle Kinder eine Schule besuchen und studieren können.

**Der Sozialstaat ist ein Netz, das alle brauchen, um ein menschenwürdiges Leben zu sichern und Not abzuwenden.**

## 2. Der Sozialstaat ist eine „Soziale Hängematte“

**Nein, soziale Leistungen sind keine Geschenke, die zu Faulheit führen.** Denn: Die meisten Sozialleistungen sind Versicherungsleistungen. Anspruch hat nur, wer zuvor in ausreichender Höhe und Dauer Beiträge einbezahlt hat, zB Pensions- oder Arbeitslosenversicherung.

**Und: Sozialleistungen sind an strenge Bedingungen geknüpft.** Wer etwa keinen Job annehmen will, bekommt für die Dauer seiner Weigerung (mindestens jedoch 6 Wochen) kein Arbeitslosengeld.

## 3. Nur Arme bekommen Sozialleistungen

Auch das ist falsch. Der Sozialstaat gleicht aus und verteilt gerecht um. Denn: Die Verteilung der Einkommen wird immer ungleicher. Vermögenseinkommen wachsen viel schneller als Arbeitseinkommen. Während die Beschäftigten Anfang der 90er Jahre noch über 75 % des Volkseinkommens bekommen haben, sind es heute unter 70 %. Gleichzeitig steigen die Gewinnquote der Unternehmen und Vermögenden. Außerdem nimmt die Zahl der Jobs im Niedriglohnsektor zu.

Diese Schieflagen gleicht der Sozialstaat aus und schafft eine etwas gerechtere Einkommensverteilung.

**Und: Ohne Sozialstaat wäre beinahe die Hälfte der Bevölkerung von Armut bedroht!**

## 4. Die Sozialausgaben explodieren

**Ein gut ausgebauter Sozialstaat kostet natürlich. Aber das ist bei weitem nicht so dramatisch, wie viele gern behaupten:** Die Ausgaben haben sich langfristig stabil entwickelt. 2015 wurden 30,2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für soziale und gesundheitsbezogene Leistungen ausgegeben. Das ist seit 15 Jahren in etwa gleich.

Der Sozialstaat hat sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise für soziale Absicherung und für die Wirtschaft als extrem wichtig erwiesen. Ohne ihn wären große Teile der Bevölkerung plötzlich vor dem Nichts gestanden. Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben bei den Menschen für Einkommen gesorgt, die unmittelbar in den privaten Konsum geflossen sind. Das hat auch die Wirtschaft stabilisiert. So hat sich in Österreich die Zahl der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten in dieser Zeit nicht erhöht.

## 5. Bei Ausländern gehört eingespart

Immer wieder gibt es Vorschläge, die Sozialleistungen zumindest bei Ausländerinnen und Ausländern zu kürzen oder zu streichen. Sparen bei Ausländern soll angeblich das Sozialbudget der „Inländer“ retten. Das stimmt nicht – das kolportierte Einspar-Potenzial von 12 Milliarden Euro würde ALLE treffen.

**Fakt ist: Zuwandererinnen und Zuwanderer zahlen insgesamt mehr in unser Sozialsystem ein, als sie an Geldleistungen herausbekommen.**

2015 bekamen Österreicherinnen und Österreicher pro Kopf um 970 Euro mehr an Geldleistungen als sie einzahlten. Zuwandererinnen und Zuwanderer zahlten hingegen um 1.490 Euro mehr ein, als sie an Geldleistungen erhielten.